blättchen
TREPTOW–KÖPENICK

Ausgabe Nr. 244
Oktober 2018
Zeitung des Bezirksvorstandes

DIE LINKE.
TREPTOW-KÖPENICK

Foto: Martin Heinlein

Auftaktdemonstration der Kampagne „Bezahlbare Miete statt fetter Rendite“ am 14. September in Berlin.

Menschen vor Profite: Bezahlbare Mieten für alle

Mietenkampagne der Partei DIE LINKE

Ein bundesweiter bisher einmaliger Zusammenschluss aus Mietervereinen, Gewerkschaften, Sozialverbänden und Mieterinitiativen ruft zu Protesten gegen den Wohngipfel der Bundesregierung auf. Am 21. September hatte Innen- und Bauminister Horst Seehofer (CSU) in das Kanzleramt eingeladen, um ein Maßnahmenpaket für eine „Wohnraumoffensive“ zu schnüren. Doch die geplanten Schritte drohen die katastrophale Situation für Mieterinnen und Mieter noch zu verschärfen.

Wohnraummangel und Mietpreisentwicklung in den Städten spitzen sich seit Jahren zu. Die Mietsteigerungen von bis zu 100 Prozent in den letzten zehn Jahren haben sich von der Lohnentwicklung völlig entkoppelt. In vielen Städten ist das Wohnen zum Armutsrisiko geworden. Allein in den 77 deutschen Großstädten fehlen rund zwei Millionen bezahlbare Wohnungen. In diesem Jahr wird die Zahl der Wohnungslosen die Millionengrenze überschreiten.

Seit Jahren machen Mieter*innen-Initiativen und Recht-auf-Stadt-Gruppen auf die neue Wohnungsnot aufmerksam und mobilisieren überall in der Bundesrepublik für eine Kehrtwende in der Wohnungs- und Stadtpolitik. Auch DIE LINKE macht sich auf Bundesebene, in den Ländern und Kommunen für einen Neustart im sozialen Wohnungsbau, für einen Mietendeckel und für besseren Mieterschutz, für eine neue Wohnungsgemeinnützigkeit und für ein Ende der Spekulation mit Wohnraum stark.

Doch davon will die Bundesregierung nichts wissen. Im Gegenteil: Sie hält im Wesentlichen am wohnungspolitischen Kurs fest, der seit den 1990er Jahren entscheidend dazu beigetragen hat, dass Wohnungen zur Ware geworden sind. Die Frage, wie angemessen auf die Wohnungskrise reagiert, wie Mietenexplosion und Verdrängung gestoppt werden sollen, wurde auf dem Wohngipfel also gar nicht diskutiert. Stattdessen diente er der pressewirksamen Inszenierung bereits beschlossener Maßnahmen – und als Bühne für die Immobilienlobby. Denn die großen Immobilienverbände mit exzellenten Kontakten zu den Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern stellten die Mehrheit der Teilnehmenden am Gipfel. Neben den Gewerkschaften (DGB und IG BAU) war allein der Deutsche Mieterbund (DMB) eingeladen, um die Interessen der Mieterinnen und Mieter zu vertreten.

Gegen die Wohnungspolitik der Bundesregierung und gegen das Hofieren der Immobilienlobby, das den Interessen der Mieter*innen entgegenläuft, regt sich Widerstand. Ein breiter, bundesweiter Zusammenschluss aus Mietervereinen, Gewerkschaften, Sozialverbänden und Mieterinitiativen, an dem auch DIE LINKE beteiligt ist, rief deshalb unter dem Motto „Zusammen gegen #Mietenwahnsinn“ zu Protesten gegen den Wohngipfel im Kanzleramt sowie zu einem Alternativgipfel am Vortag auf.

Vielstimmige und öffentliche Diskussion statt Lobbypolitik in Hinterzimmern, Wohnungspolitik für die Mehrheit (die Mieterinnen und Mieter sowie die selbstnutzenden Eigentümerinnen und Eigentümer) statt für die Profitinteressen der Wenigen – diese Botschaften hat der Alternativgipfel mit konkreten Forderungen und Konzepten unterlegt und anschließend als Protest auf die Straße getragen. Entsprechend fordert der Aufruf eine wirkliche und wirksame Mietpreisbremse, einen Neustart im sozialen, gemeinnützigen Wohnungsbau, eine soziale Bodenpolitik, Schutz vor Kündigung und Verdrängung sowie entschiedene Maßnahmen gegen Spekulation mit Wohnraum.

DIE LINKE unterstützt den Aufruf und lädt dazu ein, ihn auch mit zu unterzeichnen: http://gleft.de/2tX

Gysi meint …

Wohnen bezahlbar machen

„Die Entwicklung der Mieten macht das Wohnen zu einer zentralen sozialen Frage. Es fehlen fast 2 Millionen bezahlbare Wohnungen. Mittlerweile muss jeder sechste Haushalt mehr als 40 Prozent seines Einkommens für das Wohnen ausgeben. Vonovia, Deutsche Wohnen u.a. Konzerne haben mit Wohnungsbeständen von mehreren Hunderttausend eine beachtliche Marktmacht erreicht.

Versuche der Politik, die sich tendenziell weiter schwächende Marktposition von Mieterinnen und Mietern zu stärken, scheiterten weitgehend an ihrer mangelnden Konsequenz, die Verwertungsmöglichkeiten des Wohnkapitals wirksam zu beschränken. Dass die Koalition jetzt die Mietpreisbremse verschärfen will, ist ein spätes Eingeständnis, dass das aktuelle Gesetz wirkungslos geblieben ist.

Doch die Ansätze der Bundesregierung greifen zu kurz. Wenn wir Wohnen als grundlegendes Menschenrecht sehen – und Artikel 1 des Grundgesetzes macht es letztlich zu einem, auch wenn es nicht direkt in dessen Grundrechtekatalog steht – kommen wir um die Frage nicht herum, ob wir die Lösung einzig und allein dem Markt überlassen können und wollen.

Wenn man den Renditedruck in der Wohnungsfrage minimieren will, muss man das Wohnen zumindest teilweise der Kapitalverwertung entziehen. Das ist zu erreichen, wenn man öffentliches und genossenschaftliches Wohneigentum ausbaut und konsequent gemeinnützig orientiert, wie es zum Beispiel der Gemeindebau in vielen österreichischen Kommunen zeigt.

Gerade weil in der Vergangenheit auch von meiner Partei in dieser Frage Fehler gemacht wurden, wäre in der jetzigen Situation eine Verpflichtung von Bund und Ländern wichtig, weder Wohnungen noch Bauland an private Investoren zu veräußern, die entsprechende Renditeerwartungen hegen. Dies wäre eine Grundlage für eine breite Offensive für bezahlbaren Wohnraum.

Foto: Denis Petri

Kräuterwanderung vor der Podiumsdiskusskon

Kleingärten – unverzichtbar in der wachsenden Stadt!?

Investoren kaufen Kleingartenanlagen auf

Am 17. September veranstaltete Katalin Gennburg in ihrem Wahlkreis in Zusammenarbeit mit dem Landesverband Berlin der Gartenfreunde eine Podiumsdiskussion zur Zukunft der Berliner Kleingärten. Die Veranstaltung fand in der Kolonie Treptows Ruh statt, die eine von 32 Kleingartenanlagen im Bezirk Treptow-Köpenick ist, deren Schutzfrist 2020 ausläuft.
Am Nachmittag vor der Podiumsdiskussion durchwanderten gut 15 Gäste mit Margrit Gennburg den Kleingartenpark Treptow. Ziel der Kräuterwanderung war, einen kleinen Wildkräutervorrat anzulegen. Nach der Besichtigung des Klimagartens von Treptows Ruh fanden wir Hopfen, Sauerampfer, Beifuß, Sanddorn und viele andere Heil- und Teekräuter. Die Kleingartenanlagen und ihr Umfeld sind nämlich nicht nur Orte der Erholung sondern stellen auch ein wichtiges Reservoir für eine vielfältige Pflanzen- und Insektenwelt dar.
Auf dem Podium fanden sich dann Günter Landgraf, Präsident des Berliner Landesverbands der Gartenfreunde, Klaus Neumann, Prof. em. für Landschaftsarchitektur, Beuth Hochschule Berlin und Sebastian Scheel, Staatssekretär für Bauen und Wohnen in der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen ein. Im Publikum waren fast 40 Bürger*innen, Kleingärtner*innen und deren Unterstützer*innen.
Hintergrund der Veranstaltung war die immer wiederkehrende Diskussion um die Bebauung der Berliner Kleingärten. Die Investoren bringen sich schon in Position und fangen auch bereits an, Kleingartenanlagen, die sich nicht auf Boden in Landeseigentum befinden, aufzukaufen, um dort weitere Luxusquartiere in Beton gießen zu können.
Professor Neumann traf bereits zu Beginn einen wichtigen Nerv auch der Gäste: In der wachsenden Stadt braucht man auch mehr Kleingärten. Damit forderte er denn auch direkt zu einer offensiveren Diskussion des Themas auf. Kleingärten seien zudem ein integraler Bestandteil der Stadtkultur und müssten deswegen in ihrer Bedeutung gerade nicht als Flächenreserve sondern als schützenswertes Kulturgut angesehen werden.
Günter Landgraf verdeutlichte, dass er mit dem Stand der Beteiligung der Gartenfreunde an der Erstellung des Kleingartenentwicklungsplans und des Stadtentwicklungsplans Wohnen nicht einverstanden ist. Zudem rief er die Kleingärtner*innen dazu auf, gemeinsam für den Erhalt der Kolonien zu kämpfen. Staatssekretär Scheel verdeutlichte, wie schwierig die Abstimmung sei, wenn unterschiedliche Senatsverwaltungen gleichzeitig an Planwerken arbeiteten, die sich auf die gleichen Flächen beziehen. Aus dem engagiert mitdiskutierenden Publikum wurde vor allem auch angemahnt, dass man sich in den Senatsverwaltungen nicht nur mit den Investor*innen an einen Tisch setzen dürfe. Die Orientierung am Gemeinwohl darf dabei nicht dem Glauben an Runde Tische geopfert werden, mit denen sich das Machtungleichgewicht zwischen finanzstarken Investoren und den selbstorganisierten und ehrenamtlichen Interessenvertretungen der urbanen Gärtner*innen gerade nicht ausgleichen ließe.
Es war eine spannende Veranstaltung, die gezeigt hat, dass es sich umso mehr für den Erhalt aller Kleingärten zu kämpfen lohnt, je mehr sich die Baumafia nach den Flächen die Finger leckt. Stadtentwicklung und Grünentwicklung sind zwei Seiten derselben Medaille.

Denis Petri

Für sexuelle Selbstbestimmung

Aktionstag gegen den „Marsch für das Leben“

Bei dem „Marsch für das Leben“ demonstrierten im September sogenannte Lebensschützer*innen mit reaktionärkonservativen und menschenfeindlichen Forderungen gegen Schwangerschaftsabbruch und sexuelle Vielfalt. Ihnen stellte sich ein breites Bündnis entgegenstellen, das den 22. September zum „Aktionstag für sexuelle Selbstbestimmung“ erklärte. Das Bündnis tritt ein für das Recht der Frauen auf körperliche Selbstbestimmung und ein Leben frei von Bevormundung. Dazu gehört das Recht auf frei zugängliche Informationen über Möglichkeiten, Schwangerschaften abzubrechen und somit frei über ihren Körper zu entscheiden. Dazu erklären die frauen- und gleichstellungspolitischen Sprecherinnen aus dem Abgeordnetenhaus Derya Ça lar (SPD-Fraktion), Ines Schmidt (Linksfraktion) und Anja Kofbinger (Grüne-Fraktion): „Wie das Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung fordern wir die Bundestagsabgeordneten auf, die Entscheidung zur Streichung des §219a StGB zu forcieren. Der Paragraph erlaubt es einigen wenigen konservativ-christlichen Fundamentalist*innen, hunderte von Ärzt*innen einzuschüchtern, sie als Gesetzesbrecher*innen in Verruf zu bringen und legale Schwangerschaftsabbrüche zu kriminalisieren. Dieser veraltete Paragraph muss endlich abgeschafft werden. Ärzt*innen, die legale Schwangerschaftsabbrüche durchführen, müssen öffentlich Aufklärungsarbeit leisten dürfen.
Die Bundesratsinitiative, den §219a zu streichen, geht von Berlin aus. Berlin hat hier bundesweit Vorarbeit geleistet: Mit der Veröffentlichung von Praxiseinrichtungen, die Schwangerschaftsabbrüche durchführen, sichern wir körperliche Selbstbestimmung und die Straffreiheit von Medizinerinnen und Medizinern. Die Liste ist auf der Internetseite der Berliner Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung einsehbar. Jetzt liegt es am Bundestag, diesen überholten Paragraphen endlich abzuschaffen. Für uns Sprecherinnen steht außer Frage, dass das universelle Recht von Frauen auf sexuelle und reproduktive Selbstbestimmung auch die umfassende und für alle Beteiligten straffreie Informationsgewinnung umfasst.“

Sommertour Carsten Schatz

Wie jedes Jahr haben Carsten Schatz und sein Team im Wahlkreis die traditionelle einwöchige Sommertour veranstaltet und sich an den unterschiedlichsten Standorten in Friedrichshagen, Hirschgarten, Wilhelmshagen, Altglienicke, Köpenick-Nord oder Adlershof aufgestellt, um vor Ort mit Anwohnerinnen und Anwohnern zu reden. Einer der am häufigsten genannten Punkte war und ist nach wie vor die Angst vor steigenden Mieten im Bezirk und die dadurch entstehende Verdrängung von vielen Anwohnerinnen und Anwohnern.
Deshalb ist es so auch so wichtig, dass für die bundesweite Mietenkampagne auch in Treptow-Köpenick dann nachgelagert weitere Aktionen folgen werden.
Bei Fragen oder Problemen hat das Bürgerbüro in der Friedrichshagenerstraße 1a jeden Mo, Di, Do, von 10 bis 14 Uhr und Mittwoch von 14 bis 18 Uhr geöffnet.

Aus dem Rathaus
TREPTOW-KÖPENICK

Ausgabe Nr. 244
Oktober 2018
Fraktion DIE LINKE
in der BVV Treptow-Köpenick

AfD Stadtrat lässt Video von AfD Abgeordneten löschen

Korruptionsvorwürfe im Raum

Eigentlich hätte man denken können, schlimmer könne das komplett verpatzte Krisenmanagement von Umweltstadtrat Bernd Geschanowski (AfD) zur illegalen Entfernung der Insel im Rotsch-Hafen gar nicht werden. Doch die AfD schafft es tatsächlich immer wieder, ihre politische Unfähigkeit noch deutlicher herauszustellen.

In der erneuten Befragung des Stadtrates in der Bezirksverordnetenversammlung Ende September kamen wiederum Fakten ans Licht, die Beobachter nur staunend und kopfschüttelnd zurückließen. Selbst den AfD-Verordneten wurde es in der Sitzung weit nach 22 Uhr zu bunt, sie trommelten wütend auf ihre Tische.

Ein Video der AfD-Abgeordnetenhausfraktion, in dem sich Geschanowski zusammen mit dem AfD-Abgeordneten Scholtysek als vermeintliche Aufklärer im Fall Rotsch-Hafen darstellen, ist inzwischen auf den Facebookseiten verschwunden. Er habe das sofortige Löschen des AfD-Videos verfügt, schildert Geschanowski, weil Scholtysek Korruptionsvorwürfe gegen sein Amt angedeutet habe. Die Aussage von Scholtysek, er habe sich alle Unterlagen kommen lassen, stimme auch nicht, erklärt Geschanowski. Lediglich eine Chronologie sei überreicht worden. „Einer von beiden sagt offensichtlich die Unwahrheit“, kommentiert Philipp Wohlfeil, Fraktionsvorsitzender DIE LINKE. Dass die AfD Korruption in den von ihnen geleiteten Ämtern andeute, spreche ebenfalls für sich.

Unglaubwürdig auch die Aussagen von Geschanowski zum PR-Berater, den sich der Amtschef für eine Pressekonferenz geleistet hat. Zufällig ist der freiberufliche Journalist zugleich Pressesprecher der AfD-Fraktion im Abgeordnetenhaus. Eine Vorteilsgabe bei der Auftragserteilung scheint möglich. Der AfD-Stadtrat will aber nichts von der weiteren Tätigkeit des Journalisten gewusst haben, man habe sich zufällig getroffen. Doch so zufällig wie behauptet war das Treffen nicht, wie etwas später in einem Nebensatz von Geschanowski auffällt. Schon zwei Tage vor der betreffenden Pressekonferenz habe man sich bei der Vorbesprechung für das berüchtigte Video getroffen. „Es ist absurd anzunehmen, dass die AfD-Abgeordnetenhausfraktion einen Videodreh mit ihrem Pressesprecher anberaumt, der eingebundene Stadtrat aber nicht gewusst haben will, dass der Pressesprecher von der AfD kommt“, so Wohlfeil, „Wir lassen uns doch keinen Bären aufbinden“. Die Antikorruptionsstelle sei inzwischen eingebunden. Statt Aufklärung um das Amtsversagen betreibt Geschanowski Salamitaktik, gibt nur zu, was nicht mehr zu bestreiten ist und verhaspelt sich dabei andauernd in Widersprüche. „Es wird sehr deutlich, dass die AfD nicht fähig ist, selbst kleine Ämter wie das Amt für Umwelt und Naturschutz unfallfrei zu führen. Ironisch, wie die AfD immer wieder vorgibt, parteipolitische Neutralität einzufordern und Filz sogenannter Altparteien anzuprangern und es beim ersten kleinen Härtetest nicht schafft, auch nur annähernd sauber und widerspruchsfrei zu arbeiten“, kommentiert Wohlfeil.

● *Joseph Rohmann*

Die verschwundene Insel

Senat antwortete auf Anfrage von Carsten Schatz

Collage: Joshua Fehrenz

Als das Umwelt- und Naturschutzamt sie am 15.05.2018 erstmals besichtigen wollte, war sie „vermutlich“ schon nicht mehr da - die Insel am Schmöckwitzer Rotsch-Hafen wurde mutwillig zerstört. Das ging aus der Antwort des Senats auf Anfrage von Carsten Schatz (Mitglied des Abgeordnetenhauses, DIE LINKE) hervor, die auf einer Stellungnahme des Bezirksamtes Treptow-Köpenick basiert. Die Eigentümer des Grundstücks ließen die Insel wegbaggern (wir berichteten). Wann genau dies geschah, ist jedoch unklar. Das vermeintliche Ziel der Arbeiten war die Herstellung einer Zufahrt zum Hafen, also der Umbau für große Anlegeplätze oder schlicht: Profitgier.

Eine am 14.05.2018 erhaltene Nachricht über das Kontaktformular auf der Internetseite des Bezirksamtes, teilte dem Umwelt- und Naturschutzamt mit, dass Bauarbeiten stattfinden, am 15.05. fand eine Besichtigung von „außen“ statt, „vermutlich“ war die Insel da schon weg. So das Bezirksamt in seiner Stellungnahme an den Senat.

Der Senat wurde am 12. Juni per Mail informiert, also einen Monat später. Das Umwelt- und Naturschutzamt hat sich durch sein Nichthandeln blamiert, die Frage nach politischen Konsequenzen des zuständigen Stadtrats steht im Raum. Jetzt, drei Monate, später wird noch immer geprüft, welche Sanktionen den Eigentümern auferlegt werden können. Fest steht allerdings, dass ein formeller Verstoß vorliegt, denn es wurde keine Baugenehmigung erteilt, geschweige denn beantragt. Und: auf dem Gelände liegt nach wie vor eine Veränderungssperre.

Die Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz wird das Bezirksamt bei der Prüfung unterstützen und auch die Wiederherstellung der Insel in Betracht ziehen. „Solch eine Umweltzerstörung darf und kann nicht toleriert werden, da muss unter Verweis auf Artikel 14 (2) des GG auch die Frage von Enteignung gestellt werden. Der zuständige Stadtrat muss politische Verantwortung über- und seinen Hut nehmen.“, findet Carsten Schatz.

Beschlüsse

Beschlossen

VIII/0453 Mehrsprachige Kitaverträge (DIE LINKE Beitritt: SPD)
VIII/0523 Sanierung Radweg Müggelheimer Straße (CDU Beitritt: SPD, DIE LINKE)
VIII/0525 LKW-Parkverbot im Kurvenbereich Rudower Straße (Einzelverordnete FDP Beitritt: DIE LINKE, CDU)
VIII/0543 Barrierefreier Umbau des ampelgeregelten Fußübergangsweges Baumschulenweg (DIE LINKE Beitritt: CDU)
VIII/0536 Radweg auf dem Fürstenwalder Damm (SPD, DIE LINKE)

In die Ausschüsse überwiesen

VIII/0550 Milieuschutz in Treptow-Köpenick gezielt voranbringen (SPD, DIE LINKE, B90/Grüne)
VIII/0551 Evaluierung des „Ausbildungstages Süd-Ost“ (DIE LINKE)
VIII/0555 Bündnis für Wohnen in Treptow-Köpenick (SPD, DIE LINKE)
VIII/0558 Konzept für die Skateanlage im Bellevuepark (SPD, DIE LINKE)
VIII/0562 Fahrradparkhäuser an S-Bahnhöfen errichten (SPD, DIE LINKE, B90/Grüne)

Foto: Petra Reichardt

Eine Brücke, welche die Stadteile Wendenschloß und Grünau verbinden soll, ist noch nicht beschlossen

Brückenschlag steht nicht bevor

Noch keine „Brücke über die Dahme“

Die Ausgabe des „Berliner Abendblatt“ vom Ende September wurde mit der Überschrift „Brückenschlag ist beschlossen“ aufgemacht. Berichtet wird, dass laut Bezirksamtsbeschluss eine Brücke die Stadteile Wendenschloß und Grünau verbinden soll. Die Brücke soll laut Abendblatt dort gebaut werden, wo heute die Fähre ist.

Was den Aufmacher und den Bericht im „Abendblatt“ betrifft, denke ich, dass der Autor so einiges durcheinander gebracht hat.

1. Es gibt einen Beschluss in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV), das Bezirksamt möge sich für den Bau einer Brücke auf der Höhe Grünauer Straße / Teltowkanal, einsetzen. Allerdings soll laut Beschluss der BVV der Bau dieser Brücke in ein Verkehrskonzept eingebunden werden.
2. Den Brückenbau selbst kann nur der Senat beschließen. Deshalb hat die BVV das Bezirksamt gebeten, „bei den entsprechenden Stellen vorstellig zu werden“. Auch das Verkehrskonzept müsste zwischen Senat und Bezirksamt abgestimmt werden.
3. Es kann sein, dass das Bezirksamt den Vorschlag „Bau einer Brücke über die Dahme“ unterstützt. Gehört habe ich davon allerdings noch nichts. Zumal bei den entsprechenden Beratungen im Stadtentwicklungsausschuss von Seiten des Stadtentwicklungsamtes und keine Zustimmung zum Antrag signalisierte wurde.
4. Angesichts der Tatsache wie viele Brücken in Berlin und auch in Treptow-Köpenick im maroden Zustand sind und deshalb saniert oder teilweise neu gebaut werden müssen und angesichts des Bedarfs an neuen Brücken in Berlin, werden Jahre oder gar Jahrzehnte vergehen, bis auf der Landesebene das Projekt „Brücke über die Dahme“ angegangen wird. Sofern der Senat überhaupt die Notwendigkeit dafür sieht.
5. Es gibt innerhalb der BVV fraktionsübergreifend die Debatte, ob es nicht sinnvoller ist, die bereits vorhandene Fährverbindung „Wendenschloß / Grünau“ auszubauen. Die Fraktion DIE LINKE hatte bereits 2015 beantragt, die Fährzeiten auszudehnen. Nach Prüfung des Anliegens und Auswertung der Passagierzahlen durch Senat und BVG wurde das Ansinnen von beiden abgelehnt. Diese Debatte hat die AfD nun erneut populistisch aufgegriffen und einen weiteren Antrag, diesmal für eine Autofähre, eingebracht. Die Aussicht auf Erfolg ist bei diesem Antrag weit unter dem der LINKEN.

● *Uwe Doering, Sprecher für Stadtentwicklung*

Foto: Ralf Roletschek/wikimedia

Zehn Jahre Courage-Schule

Viele Angebote zum diesjährigen Projekttag

Das Archenhold-Gymnasium in Schöneweide feiert 10-jähriges Jubiläum als Courage-Schule. 2008 wurde der Titel „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ dem Gymnasium verliehen. In den letzten 10 Jahren wurden viele Projekte durchgeführt. Von Aktivitäten gegen Rechtsextremismus im Bezirk bis hin zur aktiven Unterstützung in Flüchtlingsunterkünften. Mit hohem Engagement und einer Vielzahl von Schülerinnen und Schülern und Lehrkräften konnte der Titel mit Leben gefüllt werden. Das 10-Jährige Jubiläum wurde zum Anlass genommen, einen Projekttag mit insgesamt 20 Workshopangeboten zu gesellschaftspolitischen Themen durchzuführen. Das Projekt aras* – Politische Bildung an Schulen unterstützte die Veranstaltung mit insgesamt 6 Workshops die eine große Fülle an Themen behandelten. Von Argumentationstrainings gegen Stammtischparolen über Antisemitismus bis hin zur Geschichte von rechtem Terror. Der Schulleiter Herr Uhlig freute sich über die Unterstützung durch das von offensiv‘91 e.V. getragene Projekt: „Die Workshops, die aras* heute bei uns und auch schon vorher im Bezirk durchgeführt hat, sind ein sehr interessantes Angebot für Schülerinnen und Schüler. Wir freuen uns auch über die durch aras* erreichte Vernetzung der „Schulen ohne Rassismus“ im Bezirk.“

Auch Samuel Signer, Projektleiter von aras*, zieht ein positives Fazit: „Es ist uns eine große Freude, unseren Teil an diesem Tag beizutragen. Das Archenhold-Gymnasium hat nicht nur engagierte Schülerinnen und Schüler, die das Zusammenleben im Bezirk positiv prägen, sondern auch ein tolles Kollegium das den Großteil der Projekte und Workshops durchgeführt hat. Herzlichen Glückwunsch zum 10-Jährigen!“

Bürgermeister für den Frieden

Das Bezirksamt Treptow-Köpenick soll dem Bündnis „Bürgermeister für den Frieden“ mit dem Status „Flaggenstadt“ beizutreten. Das fordert die Fraktion DIE LINKE in der BVV. Die Initiative „Mayors for Peace“ (Bürgermeister für den Frieden) entstand nach dem Atombombenabwurf im Zweiten Weltkrieg über den beiden Japanischen Städten Hiroshima und Nagasaki.

Seither schließen sich immer mehr Städte und Kommunen der Initiative an und beteiligen sich etwa am weltweiten Flaggentag, um durch das Hissen einer Friedensflagge auf die Förderung und Wahrung des friedlichen Miteinanders aller Menschen aufmerksam zu machen.

„Den sich 2019 jährenden Beginn des Zweiten Weltkrieges sollten wir nutzen, um auch mit Treptow-Köpenick dieser Intiative beizutreten. Neben Berlin sind schon acht Bezirke an der Initiative beteiligt“, so Norbert Pewestorff, Antragsteller aus der Fraktion DIE LINKE. Damit zeigen wir, dass wir uns den Werten der „Mayors for Peace“ – Förderung und Wahrung des friedlichen Miteinanders aller Menschen – verpflichtet fühlen

Foto: Karl Forster

Am bisherigen Standort des Haus Strohhalm hatte Stadtrat Gernot Klemm (DIE LINKE) schon vor einiger Zeit im Rahmen von „Praktika im eigenen Amtsbereich“ bei einer Schicht in der Sozialküche des Hauses Strohhalm mitgearbeitet. Für das Küchenteam standen von 8 bis 14 Uhr Schnippeln, Kochen, Portionieren (auf unserem Foto mit Küchenchef Jens Deetz) und zum Schluss ein ziemlich großer Abwasch auf dem Programm.

Lösung für Haus Strohhalm gefunden

Investor bietet neue Unterkunft für das Projekt

Für das Haus Strohhalm, eine sozialtherapeutische Wohneinrichtung für wohnungslose Menschen, gibt es wieder eine Perspektive. Der Mietvertrag der Einrichtung, die von der Stiftung Sozialpädagogisches Institut Berlin „Walter May“ der Arbeiterwohlfahrt betrieben wird, endet zum Ende des Jahres 2019. Ein Investor, der zwischen Spreestraße, Fließstraße und Hasselwerderstraße ein neues Wohnquartier plant, hat sich nun bereiterklärt, für die Sozialeinrichtung eine neue Unterkunft herzustellen. Das Gelände liegt in einem Sanierungsgebiet. Da das Baurecht auf dem Gelände schon vor einigen Jahren geschaffen wurde, kann der Investor aktuell nicht nach dem Berliner Modell der kooperativen Baulandentwicklung verpflichtet werden, einen hohen Mindestanteil für mietpreis- und belegungsgebundenen Wohnraum zu schaffen.

„Die Industriebrache in Niederschöneweide wird endlich bebaut. Es entstehen neue Wohnungen, neue Kitaplätze und eine neue Bleibe für die wohnungslosen Menschen, die das Haus Strohhalm in Oberschöneweide nutzen. Alles davon wird dringend in unserem wachsenden Bezirk benötigt“, sagt Gabriele Schmitz, stadtentwicklungspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion. „Ich freue mich, dass die BUWOG ihre soziale Verpflichtung erkennt. Wenn es schon nicht den von uns gewünschten Mindestanteil von 30% sozialem Wohnungsbau gibt, so wird hier doch ein Platz für Menschen erhalten, die es sonst sehr schwer haben, Wohnraum zu finden“, so Uwe Doering, Sprecher für Stadtentwicklung der Fraktion DIE LINKE. „Ich begrüße das Verhandlungsergebnis, welches mit dem Investor erzielt werden konnte.“

Jetzt ist es an dem Bezirksamt, den Träger bei der Umsetzung dieser Zusage zu unterstützen, damit alles zügig und reibungslos realisiert werden kann.

● *jr*

Bündnis für Wohnen in Treptow-Köpenick

Verschiedene Akteure an einen Tisch bringen

Das Bezirksamt wird ersucht, mit Vertreterinnen und Vertretern der in Treptow-Köpenick aktiven Wohnungsbaugesellschaften und -genossenschaften sowie weiteren Akteuren der Immobilienwirtschaft, ein bezirkliches „Bündnis für Wohnen in Treptow-Köpenick“ zu vereinbaren, um den Wohnungsbau sozial verträglich zu beschleunigen. Einen entsprechenden Antrag hat die Fraktion DIE LINKE für die Septembersitzung der Bezirksverordnetenversammlung eingebracht.

Die Vereinbarung soll auch die lokalen Bedarfe an sozialer Infrastruktur (etwa Kitas, Schulen, Senioren- und Jugendeinrichtungen und Grünflächen) beinhalten. Wie bereits seit einigen Jahren in Lichtenberg erfolgreich durchgeführt, soll auch in Treptow-Köpenick ein bezirkliches Bündnis für Wohnen eingerichtet werden. Hier sollen verschiedene Akteure, die im Wohnungsbau aktiv sind, an einen Tisch gebracht werden. So könnte die Zusammenarbeit intensiviert werden, um nicht nur den Wohnungsbau für den steigenden Bedarf zu beschleunigen, sondern auch die Herstellung der dringend benötigten Infrastruktur sicherzustellen.

Dabei geht es um eine zukunftsgerichtete Wohnungsbaupolitik. „Das gute Vorbild aus unserem Nachbarbezirk sollten wir auch in Treptow-Köpenick zum Anlass nehmen, die Abstimmung zwischen den verschiedenen Interessen zu optimieren und damit zu einer Verbesserung und Beschleunigung des Wohnungsbaus zu kommen“, erklärte dazu die Antragstellerin Petra Reichardt, Sprecherin für Wirtschaft der Fraktion.

Milieuschutz voranbringen

Voraussetzungen in den Ortsteilen prüfen

Milieuschutzgebiete sind ein kleiner Schritt, um Mieterinnen und Mieter vor stetig steigenden Mieten etwas zu schützen. Dazu zählt, dass in Milieuschutzgebieten Luxussanierungen untersagt werden können, Umwandlungen in Eigentumswohnungen eingeschränkt und unter bestimmten Umständen das kommunale Vorkaufsrecht ausgeübt werden kann.

In einem gemeinsamen Antrag mit SPD und B90/Grüne forderte jetzt die Fraktion DIE LINKE das Bezirksamt auf, eine bezirkliche Untersuchung auf Verdachtsgebiete für weitere Erhaltungssatzungen gemäß §172 BauGB einzuleiten. Hierzu sollen aufgrund der Datenlage der Sozialraumorientierung folgende Gebiete prioritär untersucht werden:

- Baumschulenweg
- Köpenick Nord
- Köllnische Vorstadt
- Kosmosviertel in Altglienicke

Dazu sollen dann auch die personellen Voraussetzungen geschaffen werden, um ein Grobscreening für den gesamten Bezirk durchführen zu können. Damit mehr Milieuschutzgebiete entstehen, soll das Bezirksamt die Voraussetzungen dafür den Ortsteilen prüfen. „Wenn nur retrospektiv geprüft wird, ohne neue Erkenntnisse über geplante oder angemeldete Entwicklungen im Ortsteil einzubeziehen, dann kommt die Erkenntnis, dass an einer bestimmten Stelle ein Milieuschutzgebiet benötigt wird vielleicht zu spät. Wir müssen also vorausschauend im Sinne der Mieterinnen und Mieter handeln, um schädliche Entwicklungen einzudämmen“, so Uwe Doering, Sprecher für Stadtentwicklung.

Fotos: BA

Bezirksamtskollegium tagt vor Ort. ... Mitten im Wohngebiet waren hier vor 75 Jahren NS-Zwangsarbeiter untergebracht. Und später wollte niemand was gewusst haben. Das Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit in Niederschöneweide hat die Aufgabe, über die Geschichte und Dimension der NS-Zwangsarbeit zu informieren und das Schicksal dieser Männer, Frauen und Kinder sichtbar zu machen. Die ehemaligen Unterkunftsbaracken auf dem Gelände des einzigen fast vollständig erhaltenen Zwangsarbeiterlagers aus der NS-Zeit dienen heute als Ausstellungs- und Veranstaltungsorte. Außerdem finden Besucher hier ein Archiv, eine Bibliothek, eine internationale Jugendbegegnungsstätte sowie zahlreiche Angebote der historisch-politischen Bildungsarbeit. Das Bezirksamtskollegium Treptow Köpenick tagte im September nun in der Gedenkstätte und lies sich zu Beginn durch die Ausstellung führen.

Foto: Philipp Wohlfeil

Die Erschließung des Bahnhofs erfolgt während der Bauzeit über den bereits erneuerten Ausgang Johannisthal am Sterndamm.

Zwischenlösung soll kommen

Aufzug am S-Bahnhof Schöneweide während des Umbaus

Ab März 2019 werden die Aufzüge in der Bahnhofshalle in Schöneweide zurückgebaut und stehen dann nicht mehr zur Verfügung. Während der Bauarbeiten wird die gesamte Erschließung des Bahnhofs über den bereits erneuerten Ausgang Johannisthal am Sterndamm erfolgen. Das wird nach Einschätzung des Bezirksamtes zwar sehr beengt, ist aber wegen der baulichen Situation nicht anders zu lösen.

Offen war bislang die Frage, wie Menschen, die keine Treppen steigen können, die Bahnsteige erreichen sollen. Eine Variante war die Umfahrung mit dem regulären Buslinienverkehr, der aber auch nicht verdichtet werden sollte. Dagegen hatte sich eine Bürgerinitiative gewehrt, die auf einen BVV-Beschluss und mehrere Anfragen in BVV und Abgeordnetenhaus hingewirkt hatte. Auf Anfrage des Verkehrsexperten Kristian Ronneburg (DIE LINKE) erklärte Verkehrssenatorin Regine Günter (für Grüne): „Auch hier geht es wieder um Barrierefreiheit, 2000 Personen täglich nutzen den Aufzug. Der Senat plant den Aufzug einzubauen, weil es nicht hinnehmbar ist für Menschen mit Einschränkungen, darauf zu verzichten.“ Die Kosten dafür tragen die Bahn und zum größeren Teil der Senat.

● *pw*

Sprechstunde
stellv. Bezirksbürgermeister und Leiter der Abteilung Soziales und Jugend Gernot Klemm
Di., 16.10.2018, 16–17:30 Uhr
Groß-Berliner Damm 154,
12489 Berlin, Raum 122.
Anmeldung telefonisch unter
(030) 90297-6100

Kiezkassen werden gestärkt

Seit 2013 gibt es für bürgerschaftliche Ideen und Projekte im Bezirk die Kiezkassen. Zunächst standen dafür 50.000 Euro zur Verfügung. Ab 2018 wurde der Betrag auf 100.000 Euro verdoppelt. Jetzt wird die Kiezkasse personell verstärkt und eine zentrale Ansprechperson eingerichtet, die zudem weitere Fördermittel für das Bezirksamt gewinnen und Interessierte zu Fördermitteln beraten soll.

KONTAKT

Fraktion in der BVV
Rathaus Treptow, Raum 205
Neue Krugallee 4, 12435 Berlin
Tel. / Fax (030) 533 76 07
Telefon (030) 902 97 41 61
mail@linksfraktion-treptow-koepenick.de
Sprechzeiten:
Mo, Mi, Do 15.00 – 18.00 Uhr
Dienstag 12.00 – 17.00 Uhr
Freitag 10.00 – 13.00 Uhr

www.linksfraktion-tk.de

IMPRESSUM

Aus dem Rathaus Treptow-Köpenick
Monatszeitschrift der Fraktion
DIE LINKE in der BVV Treptow-Köpenick
Redaktion: Karl Forster (verantwortlich),
Anja Boensch, Bernhard Brügger, Edith Karge,
Helga Pett, Joseph Rohmann
Postanschrift: Fraktion DIE LINKE in der
BVV Treptow-Köpenick,
Redaktion Aus dem Rathaus,
Neue Krugallee 4, 12435 Berlin.
Email: redaktion@dielinke-treptow-koepenick.de
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt den Standpunkt der Redaktion wieder.
Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen von Artikeln und Leserbriefen vor.
Satz: ansichtssache – Büro für Gestaltung
Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH
Am Wasserwerk 11, DE - 10365 Berlin
Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 24. September 2018.
Die nächste Ausgabe „Aus dem Rathaus“ erscheint am Do. 1. Nov. 2018. Redaktionsschluss dafür: 30.10.18

KONTAKT

Geschäftsstelle Treptow-Köpenick
Allendeweg 1, 12559 Berlin
Tel. (030) 6432 9776, Fax (030) 6432 9792
bezirk@dielinke-treptow-koepenick.de
Öffnungszeiten:
Montag + Mittwoch 13.00 – 16.00 Uhr
Dienstag 10.00 – 18.00 Uhr
Donnerstag 10.00 – 16.00 Uhr
Vom 8.–12. Oktober geschlossen
Kassenzeiten:
1. Donnerstag im Monat (Blättchentag)
13.00 – 15.45 Uhr

Wahlkreisbüro Stefanie Fuchs, MdA
Allendeweg 1, 12559 Berlin
Tel. (030) 407436 38
Fax (030) 407436 39
Öffnungszeiten:
Mo, Mi, Fr 10.00–16.00 Uhr
Donnerstag 14.00–21.00 Uhr

Wahlkreisbüro Katalin Gennburg, MdA
Moosdorfstraße 7–9, 12435 Berlin
Tel. (030) 80932758
buero.gennburg@linksfraktion.berlin
Öffnungszeiten:
Montag 14.00 – 17.00 Uhr
Mittwoch 10.00 – 17.00 Uhr
Sprechzeiten vor Ort: Jeden 3. Montag im Monat von 14.30 – 16.00 Uhr sowie nach Absprache (um vorherige Anmeldung wird gebeten)

Wahlkreisbüro Carsten Schatz, MdA
Friedrichshagener Str. 1, 12559 Berlin
Tel. (030) 65940 800
Fax (030) 65940 801
buergerbuero@carsten-schatz.de
Öffnungszeiten:
Mo, Di, Do 10.00–14.00 Uhr
Mittwoch 14.00–18.00 Uhr

Wahlkreisbüro Dr. Gregor Gysi, MdB
Brückenstraße 28, 12439 Berlin
Tel. (030) 63 22 43 57
Fax (030) 63 22 43 58
gregor.gysi@wk.bundestag.de
Sprechzeiten:
Mo 13.00 – 16.30 Uhr
Mi 13.00 – 16.30 Uhr
Kassenzeiten:
1. Donnerstag im Monat (Blättchentag)
13.30 – 16.15 Uhr

www.dielinke-treptow-koepenick.de

IMPRESSUM
blättchen.Treptow-Köpenick
Monatszeitschrift des Bezirksverbandes der Partei DIE LINKE. Treptow-Köpenick
Redaktion: Karl Forster (verantwortlich), Anja Boensch, Bernhard Brügger, Edith Karge, Helga Pett, Joseph Rohmann
Postanschrift: DIE LINKE Treptow-Köpenick, blättchen-Redaktion, Allendeweg 1, 12559 Berlin.
Email: redaktion@dielinke-treptow-koepenick.de
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt den Standpunkt der Redaktion wieder.
Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen von Artikeln und Leserbriefen vor.
Satz: ansichtssache – Büro für Gestaltung
Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH
Am Wasserwerk 11, DE - 10365 Berlin
Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 24. September 2018.
Redaktionsschluss für Ausgabe Nov.: Di 30.10.18
Ausgabetag blättchen 245: Do. 1. November 2018
Das ›blättchen‹ wird aus Spenden finanziert.

Das „blättchen“ braucht Spenden!

Um die Kosten für unsere Bezirkszeitung decken zu können, ist eine Spende von mindestens 25 Cent für jede Ausgabe notwendig. Allen Spendern herzlichen Dank für die Unterstützung.
Überweisen Sie Ihre Spende bitte an:
DIE LINKE Berlin
IBAN: DE59100708480525607803
BIC: DEUTDEDB110, Berliner Bank AG
Verwendungszweck: 502-810, sowie Name, Vorname und Anschrift angeben

wir gratulieren im *Oktober* zum Geburtstag

97. Thea Kipke
93. Ursula Hartmann
92. Christa Gehre
91. Lore Krajewski
90. Sonja Bernhard, Herbert Sperling
85. Gisela Wagner, Hildegard Zschockelt
80. Elisabeth Ittershagen, Helmut Ring
75. Lutz Günther, Eva Kockrow, Jürgen Krause, Wolfgang Köhler, Achim Ritter, Detlev Streichhahn, Karla Voigt
70. Manuel Reichardt, Monika Seiffert
65. Uwe Doering

Auf Einladung der Linksjugend Treptow-Köpenick stellte sich Senatorin Elke Breitenbach in der Alten Schule zur Diskussion.

„Dafür bin ich Senatorin geworden“

Bürgerforum der Linksjugend mit Elke Breitenbach

Zum Bürgerforum mit der Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales, Elke Breitenbach hatte die Linksjugend Treptow-Köpenick geladen. Obwohl die flüchtlingsfeindliche Bewegung in Altglienicke gegen die Veranstaltung mobilisierte, war sie nur in einer „kleinen einstelligen Zahl“ vertreten. Zunächst hat die Senatorin von ihrem Start in ihre Tätigkeit berichtet: 2016 waren zahlreiche Turnhallen beschlagnahmt, in denen Geflüchtete untergebracht waren. Andererseits waren erste Unterkünfte schon fertig oder kurz vor der Fertigstellung, dort konnten aber keine Menschen untergebracht werden, weil der Betreiber europaweit ausgeschrieben werden musste. Die Turnhallen konnten schnell geräumt werden, indem die Geflüchteten in erste „Tempohomes“ (also Wohncontainer) und modulare Unterkünfte für Flüchtlinge (MUFs) untergebracht worden sind. Damit haben wir die prekäre Wohnsituation Geflüchteter deutlich verbessert. Mit den MUFs soll in Zukunft auch bezahlbarer Wohnraum für alle Menschen geschaffen werden, so dass eine soziale und ethnische Vermischung stattfinden kann. Diesen Themenkomplex schließt Breitenbach mit folgenden Worten ab: „Ich werde die Frage, ob wir Geflüchtete unterbringen, nicht diskutieren: Denn sie ist beantwortet. Ich möchte nicht ansehen, wie Menschen auf der Straße verrecken. Dafür bin ich Senatorin geworden!“
Anschließend ging es um die Frage der prekären Beschäftigung in Berlin. Zunächst einmal muss festgehalten werden, dass die Anzahl der SV-pflichtigen Beschäftigten in Berlin stärker steigt als im ganzen Rest der Republik. Zur Wahrheit gehört aber auch, dass ein erheblicher Teil davon trotzdem prekäre Beschäftigung, Leih- und befristete Arbeit ist. Das liegt allerdings zum größten Teil an der Bundesgesetzgebung, die solche Beschäftigung aktiv zulässt. Das Land hat hier wenig Zugriff. Auch im öffentlichen Dienst gibt es sachgrundlose Befristung, die auf das Ausbildungs- und Einstellungsdefizit der letzten Jahre zurückzuführen ist. Die sachgrundlos befristete Beschäftigung soll nach und nach in unbefristete Beschäftigung überführt werden. „Berlin ist immer noch die Hauptstadt der prekären Arbeitsverhältnisse.“ Abschließend ging Breitenbach auch auf die Sammlungsbewegung „Aufstehen“ ein. Die Senatorin fand dazu klare Worte: „Ich rede nicht vom deutschen Arbeiter oder von der deutschen Arbeiterklasse, das halte ich alles für Quatsch. Eine Bewegung, die nicht nach rechts dicht macht, kann ich nicht unterstützen.“

Joshua Fehrenz
Linksjugend Treptow-Köpenick

Leserbrief

Zum Bericht über Fördermöglichkeiten für das Nachwuchsleistungszentrums des 1. FC Union erreichte uns folgende Leserzuschrift:
Wieso soll die BVV den Weg für Bundesmittell freimachen, für die Förderung des Profifußballs. Das verstehe ich als Bürger nun ganz anders, für den Volkssport und „untergeordnete“ Kicker in Ordnung. Aber was soll der Quatsch um das Gewimmere für die Finanzierung des Jugendleistungszentrums für Union. Um die Finanzierung und damit auch Trainungsmöglichkeiten, eventuell Internat und ähnliches muss sich der Verein nebst Finanzierung doch selbst kümmern!
Herr Zingler und die Linke passen ja nun gar nicht zusammen. ... Da fragt man sich so nebenbei, wieso muss solch ein Schuppen so viel Geld kosten. Was ist nun mit dem Grundstück des ehemaligen Verbrauchermarktes Nähe Tankstelle und „Alte Försterei“, dort sollte doch das Jugendzentrum hin. ...
Dietrich Mai, Berlin

Bürgersprechstunden

Gregor Gysi, MdB
Montag 22.10. von 12–18 Uhr
im Bürgerbüro Gregor Gysi,
Brückenstraße 28 in 12439 Berlin.
Anmeldungen bitte bei
André Schubert unter 63 22 43 57

Stefanie Fuchs, MdA
Montag, 15.10. von 18 Uhr,
Dorfklub Müggelheim,
Alt-Müggelheim 21, 12559 Berlin
Mittwoch, 17.10, 10 –11.30 Uhr
Bürgerbüro Allendeweg 1,
12559 Berlin
Anmeldung nicht erforderlich.

Carsten Schatz, MdA
Donnerstag, 11.10. von 17–19 Uhr
Kiezklub Alte Schule
Dörpfeldstraße 54
Donnerstag, 25.10. von 17–19 Uhr
Bürgerbüro Carsten Schatz,
Friedrichshagener Straße 1a,

Besondere Momente

Fotoausstellung in der Kulturküche Bohnsdorf

Tiere sind ein besonderes Motiv für Wolfgang Hiob

Zum 70. Geburtstag des Köpenicker Fotografen zeigt die Kulturküche Bohnsdorf dessen thematisch breites fotografisches Werk zu Porträt, Akt, Natur, Tieren und Sport. Wolfgang Hiob, ausgebildeter Diplom-Wirtschaftswissenschaftler, zuletzt tätig als Verwaltungsangestellter im Bezirks-Tiefbauamt und nun im Ruhestand, widmet sich seit 1972 leidenschaftlich der Fotografie. Seit 1976 ist er Mitglied verschiedenster Fotoclubs, seit 1990 ist er im Deutschen Verband für Fotografie und seit 2012 auch im Colorclub Berlin-Treptow. Bei nationalen und internationalen Ausstellungen und Wettbewerben erhielt er viele Auszeichnungen, auch erschienen mehrere Bildbände mit seinen künstlerischen Aufnahmen. Als Fotograf besondere Momente „zu erwischen“ oder auch ein Bild nach einer Idee „zu gestalten“, was dann für die Betrachter eindrucksvoll, ausdrucksstark, attraktiv und frappierend sein kann, das braucht das gewisse Auge, ein sicheres Gespür und ästhetisches Empfinden. Dies demonstrieren Hiobs vielseitige, meist farbige Aufnahmen. Die Ausstellung in der Kulturküche Bohnsdorf, Dahmestraße 33, ist vom 22.10. bis 06.12.2018 jeweils Mo – Do 12.00 bis 18.00 Uhr und zu den jeweiligen Veranstaltungen zu sehen.

Die Ausstellungseröffnung findet am Freitag, 19.10. um 19 Uhr statt. Die Laudatio hält Gerhard Metzschker, Leiter des Colorclubs Berlin-Treptow. Musik: Johanna Hessenberg, Saxophon.

#unteilbar

Für eine offene und freie Gesellschaft
Solidarität statt Ausgrenzung
Samstag 13. Oktober 2018

ab 12 Uhr Alexanderplatz (13 Uhr Demo)

Für ein Europa der Menschenrechte und der sozialen Gerechtigkeit!
Für ein solidarisches und soziales Miteinander statt Ausgrenzung und Rassismus!
Für das Recht auf Schutz und Asyl – Gegen die Abschottung Europas!
Für eine freie und vielfältige Gesellschaft!
Solidarität kennt keine Grenzen!

TERMINE +++ VERANSTALTUNGEN +++ TERMINE +++ VERANSTALTUNGEN +++

POLITIK UND ENGAGEMENT

Sa 6.10. | 10.30 Uhr Frühschoppen Spindlersfeld, Gerd Lüdersdorf zu 200 Jahre Marx – Eine Gratulation, Gaststätte „Zum Hauptmann von Cöpenick“, Oberspreestraße 148

Mo 8.10. | 14 Uhr AG Seniorenpolitik Auswertung des Seniorenpolitischen Ratschlages der LINKEN und der Bürgerversammlung Wohnen und Mieten vom 11.09 und Schlussfolgerungen für die weitere seniorenpolitische Arbeit in unserem Bezirk, Gäste aus Basisorganisationen, Vereinen und Verbänden und neue Mitstreiter für eine ständige Mitarbeit sind herzlich willkommen

Sa 13.10. | 13 Uhr (Auftakt ab 12 Uhr) Bundesweite Demonstration unter dem Motto „Solidarität statt Ausgrenzung“. Berlin Alexanderplatz

Mi 17.10. | 15 Uhr Seniorenforum von Seniorenvertretung und Bezirksamt, Rathaus Köpenick, Ratssaal, Alt-Köpenick 21, 12555 Berlin

Mo 22.10. | 17 Uhr Berlin wächst. Linke Stadtentwicklungspolitik für eine soziale Hauptstadt. Öffentliches Gespräch der Basisorganisation Am Treptower Park, mit Katalin Gennburg, Sprecherin für Stadtentwicklung der Fraktion DIE LINKE im Abgeordnetenhaus. Lokal „Jawoll“ am Ärztehaus Plänterwald, Galileistraße 41.

Sa 3.11. | 10.30 Uhr Frühschoppen Spindlersfeld, Dr. Kurt Wernicke, 100 Jahre Novemberrevolution – Hoffnung oder Neubeginn, Gaststätte „Zum Hauptmann von Cöpenick“, Oberspreestraße 148

RAT UND TAT

Mo 8.10. | 17 Uhr Rechtsanwalt Kay Füßlein führt eine kostenlose Beratung zu Sozial- und Mietrechtsfragen durch. Diese ersetzt keine anwaltliche Vertretung, es kann aber eine Einschätzung in Ihrer Angelegenheit gegeben werden und Sie erhalten Tipps, welche Schritte zu unternehmen sind. Anmeldung per mail (gregor.gysi@wk.bundestag.de) oder telefonisch (030 - 63 22 43 57) Bürgerbüro Gregor Gysi, Brückenstraße 28

KULTUR UND UNTERHALTUNG

Di 9.10. | 18 Uhr Produkt: Staatskind – Das Kinderkombinat in der Königsheide (2010). Ein Film von Patricia Caspari, Alex Grimm, Katharina Herrmann, Regie: Konrad Herrmann. Anschließend Gespräch mit dem Regisseur und Sabrina Knüppel (Vorsitzende des Königsheider Eichhörnchen e.V.) sowie Zeitzeugen aus dem Kinderheim. In der Königsheide entstand 1953 das größte Kinderheim der DDR, später bekannt unter dem Namen „Kinderkombinat A.S. Makarenko“...Kulturbund Treptow, Ernststraße 14.

Mi 10.10. | 18 Uhr Heinz Wewer stellt sein neues Buch vor: „Postalische Zeugnisse zur deutschen Besatzungs-Politik im Protektorat Böhmen und Mähren“. Begegnungsstätte PRO Rathaus Treptow, Neue Krugallee 4

Fr. 19.10. | 19 Uhr Ausstellungseröffnung Fotos von Wolfgang Hiob. Kulturküche Bohnsdorf.

Di 23.10. | 19 Uhr „Der Mensch ist gut“ von Leonard Frank. Der Schauspieler Alexander Bandilla liest in Gedenken an den 1618 begonnenen 30jährigen Krieg und den 1918 beendeten 1. Weltkrieg zwei Erzählungen aus dem Band „Der Mensch ist gut“, die Leonard Frank 1917, mitten im Ersten Weltkrieg, in der Schweiz veröffentlichte – sie wurden in Deutschland sofort verboten. Kulturbund Treptow, Ernststraße 14.

Mi 31.10. | 16 Uhr Filmvorführung „Nebel im August“ (Deutschland 2016), zum Thema „Euthanasie“ im Dritten Reich. Erläuterungen von Dr. Katrin Sell. Begegnungsstätte PRO Rathaus Treptow, Neue Krugallee 4

KONFERENZEN UND SITZUNGEN

Di 16.10. | 18.30 Uhr Bezirksvorstand, Brückenstraße 28, 12439 Berlin

Sa 27.10. | 10 Uhr Hauptversammlung, Ratssaal, Rathaus Köpenick, Alt-Köpenick 21, 12555 Berlin

Mo 5.11. | 17 Uhr Basistreffen, Allendeweg 1, 12559 Berlin

Landesarbeitsgemeinschaften

Do 4.10. | 18.30 Uhr LAG Politische Bildung, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin

So 7.10. | 15 Uhr LAG Wirtschaftspolitik, Weidenweg 17, 10249 Berlin

Do 18.10. | 19 Uhr LAG Drogenpolitik, Kl. Alexanderstr. 28, 10178 Berlin

Di 23.10. | 18.30 Uhr LAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin

Do 1.11. | 18.30 Uhr LAG Politische Bildung, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin

So 4.11. | 15 Uhr LAG Wirtschaftspolitik, Weidenweg 17, 10249 Berlin

Mo 5.11. | 18.45 Uhr LAG Netzpolitik Bürgerbüro, Schierker Straße 26, 12051 Berlin

Weitere Informationen zu Terminen & Veranstaltungen im Internet: www.dielinke-treptow-koepenick.de